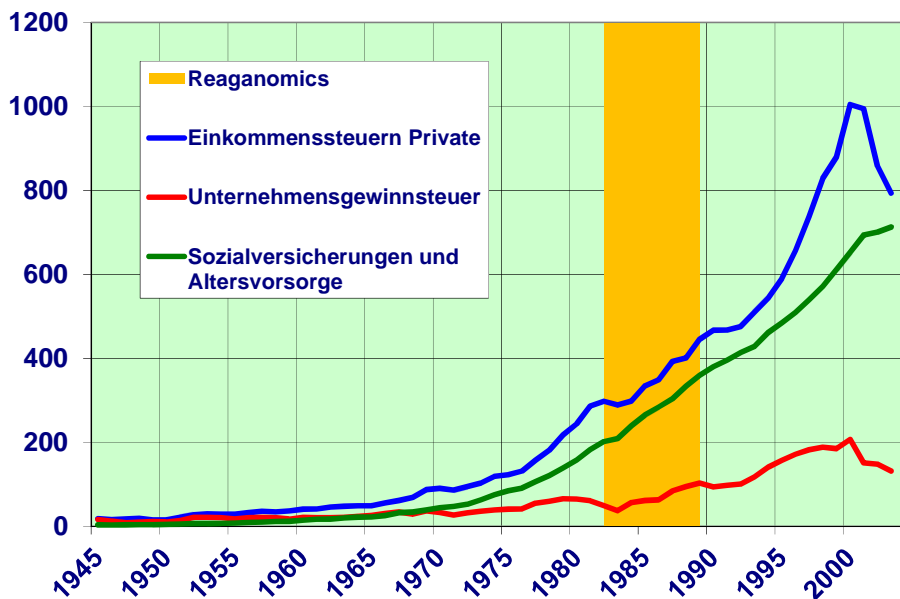


Seltsames Wirtschaftsverständnis der Politik

Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wettswil

Ex-US-Präsident Ronald Reagan war von 1981 bis 1989 im Amt und führte in den USA einen fundamentalen Wandel der staatlichen Wirtschaftspolitik herbei. Nach jahrelangem Irrglauben der Politik an eine Wirtschaftssteuerung durch den Staat, der in Krisenzeiten jeweils mit einer zusätzlichen staatlichen Nachfrage auf Pump die Konjunktur anheizen soll (Keynes), um Arbeitsplätze zu schaffen, konzentrierte sich Reagan auf die Angebotsseite der Wirtschaft. Er senkte die Steuern, optimierte die Staatsausgaben und reduzierte die administrativen Lasten. Die Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber die Unternehmen, sollten die damit freigesetzten Mittel für ihre eigenen Bedürfnisse einsetzen und damit Wachstum und Wohlstand generieren. Wenn sich sein Wirken nicht deutlicher im Staatshaushalt niedergeschlagen hat, so ist dies auf die hohen Rüstungsausgaben im Schlusspurt des Kalten Krieg zurückzuführen. Die Sowjetunion konnte damals nicht mehr mithalten und musste finanziell kapitulieren. Der Mauerfall besiegelte den Zerfall der jahrzehntelangen UdSSR-Diktatur. Die US-Staatsrechnungen (in USD Mrd.) zeigen, dass die Steuereinnahmen trotz Steuersatzsenkungen noch während Reagans Amtszeit, sogar üppiger ausfielen als je zuvor, weil die entlastete Wirtschaft florierte, die Investitionsquote und die Lohnsumme anstiegen.



Reagan brachte nicht nur die US-Wirtschaft wieder in Schwung. Er brachte auch das Wirtschaftsverständnis vieler Politiker auf den Punkt:

**Wenn die Wirtschaft läuft, wird sie besteuert.
Wenn sie trotzdem läuft wird sie reguliert.
Wird sie mit Steuern und Regulierungen schliesslich abgewürgt,
dann wird sie subventioniert.**

Wenn man sich den jüngsten Aktivismus der Politik zur Bewältigung der Corona-Krise vor Augen führt, dann kann man Reagans brutaler Einschätzung des Wirtschaftsverständnisses vieler Politikerinnen und Politiker nur zustimmen. Auch heute geben die Regierungen viel zu viel Geld aus und die Wirtschaft ist überreguliert. Ihr nie enden wollende Ruf nach neuen Einnahmen führte dazu, dass die G-20 Finanzminister am Gipfeltreffen vom 22./23. Februar 2020 in Riad (Saudi-Arabien) bereits wieder neue Steuer forderten. Obwohl die Corona-

Pandemie bereits um sich griff, kümmerten sich die Finanzminister damals nicht um die absehbare Wirtschaftskrise, sondern diskutierten viel lieber über die Einführung einer globalen Digitalsteuer sowie über die Regulierung der Digitalwirtschaft und der Kryptowährungen.

Zwar wurde am G-20 Meeting konstatiert, dass die Finanzierung der grossen staatlichen Hilfsprogramme bzw. ein Abtragen der neuen Schuldenberge nicht zu früh beginnen sollte, um eine Erholung nicht schon im Keim zu ersticken. Aber mit Hilfe der OECD wurde dennoch ein «Steuerpapier» publiziert, das wohl als Wegweiser für die kommenden globalen Aktionen im Steuerbereich dienen wird. Im Vordergrund stehen dabei zwei OECD-Dauerbrenner. Die **Progression der Steuern soll verstärkt**, d.h. die höheren Einkommen wesentlich höher besteuert werden. Die zweite Stossrichtung richtet sich gegen die multinationalen Konzerne. Die so genannte **BEPS (base erosion and profit shifting) Initiative der OECD** soll rasch umgesetzt werden. Diese will die Konzerne dort besteuern, wo die angeblichen Mehrwerte geschaffen werden und dies seien nicht die steuergünstigen Länder, wo die Konzerne ihre Gewinne hin verschieben würden. Für die **multinationalen Unternehmen (MNE) soll zudem eine Mindeststeuer** eingeführt werden. Während Investitionen zum Anreiz steuerlich entlastet werden sollen, müssten wirtschaftliche Renten aus Vermögen aller Art, insbesondere aber aus Boden, Bodenschätzen, Monopolen, etc. stärker abkassiert und die Steuersysteme widerstandsfähiger gegen Rückschläge gemacht werden.

Die **Zusammenarbeit im Steuerbereich müsse verbessert** werden, damit bei Streitigkeiten keine Handelskriege entstünden. Gemeint sind wohl Steuerharmonisierungen. Unter dem Begriff Zusammenarbeit im Steuerbereich wird vor allem eine **Eliminierung des Steuerwettbewerbes** angestrebt, der Regierungen zu einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern zwingt, weil der Steuerwettbewerb die Steuerlast in Grenzen hält. Im Weiteren empfehlen die OECD- und G-20-Experten **Solidaritäts- und CO2-Abgaben**. Eine neue ertragsträchtige Besteuerungsquelle orten die G-20 Regierungen in der **Besteuerung digitaler Dienstleistungen**. Auch die EU will sich höhere Eigeneinnahmen von EUR 30 Mrd. beschaffen. Im Zuge des EUR 750 Mrd. schweren Corona-Hilfspaketes «Next Generation EU» schlägt die EU-Kommission eine **Digitalsteuer für Konzerne mit über EUR 750 Mio. Umsatz, eine Spezialsteuer für Grosskonzernen, da diese übermässig vom Single Market profitieren würden, und einen CO2-Grenzausgleichsteuer** vor. Eine angedachte **Plastiksteuer** soll nicht nur der Umwelt nützen, sondern auch hohe Steuereinnahmen generieren. Der Polit-Ladenhüter **Finanztransaktionssteuer** ist noch nicht vom Tisch und einzelne nationale EU-Regierungen wollen diesbezüglich allenfalls einen Alleingang wagen, sollte sich die EU nicht darauf einigen können. In der Schweiz soll eine solche Steuer mit dem verharmlosenden Decknamen **«Mikrosteuer»** mit einer Volksinitiative lanciert werden. Die EU empfiehlt den Mitgliedsländern auch die **Minimum-Tabaksteuer** zu erhöhen, da diese nicht mehr die erwünschten Erfolge bei der Bekämpfung von Lungenkrebs bringe. Auch die **„Gesundheit“** wird oft als Alibi für Steuern und Steuererhöhungen missbraucht.

Viele Regulierungen dienen vor allem dazu, neue Staatsstellen zu schaffen. Sie bringen kaum Nutzen für die Gesellschaft. Auch in der Schweiz wird die Einführung von CO2-, von Flugticket-Abgaben und Benzinpreiserhöhungen mit späterer Rückerstattung seien es Zuschüsse für die Energieforschung, an die Krankenkassenprämien etc. zu einer weiteren Aufblähung des Staates und zu mehr Umverteilung führen. Eigentlich sollte die Staatsverwaltung den Bürgerinnen und Bürger als effiziente und kostengünstige Service-Organisation dienen. Im Gegenzug sollen die Steuern eine faire Abgeltung dafür sein, und keine Futterkrippe für immer gierigere Beamte und für Umverteilungssystemen. **Die Soziale Sicherheit ist in den letzten Jahren jedoch zu einem System degeneriert, die hauptsächlich der Bedienung der Wahlklientel der einzelnen Parteien dient**. Der Zusatznutzen weiterer Sozialabgaben nimmt schon seit langer Zeit ab. Bürgerinnen und Bürger müssen an Sozialsysteme Beiträge leisten, die immer mehr der Umverteilung denn als Versicherung dienen.

«Wenn die Wirtschaft läuft, dann soll sie besteuert werden». Diese Maxime von Links-grün ist angesichts des sich abzeichnenden Konjunktüreintruchs ohne garantierte Erholung in der EU derzeit schwer umsetzen, zumal in einigen Ländern die Staatsquoten ein Ausmass

erreicht hat, wo der verbleibende Privatsektor kleiner als die staatlichen Aktivitäten sind. Um so willkommener sind deshalb die grossen High-Tech Multis aus den USA und teils aus China. Diese sollen nun verstärkt besteuert werden. Das Problem besteht aber darin, dass diese Firmen meistens nur im Cyberspace agieren und wenn sie physisch in einzelnen Ländern präsent sind, dann wird eine Sondersteuer solche Arbeitsplätze in hohem Masse gefährden. Nicht auszudenken, welcher Schaden entstehen würde, wenn sich einzelne US-High-Tech-Konzerne auch nur teilweise aus Europa oder einzelnen EU-Ländern zurückziehen würden, z.B. Microsoft oder Google. Zudem werden wohl Retorsionsmassnahmen gegen europäische Firmen ergriffen werden.

Der **«Konsumenten- und Umweltschutz»** ist zu einem Lieblingsargument für die Regulierer geworden. Die Überregulierung ist in Europa schon seit Jahren ein Haupthindernis für Effizienzgewinne und Innovation, sei es in der Gentechnologie oder in anderen High-tech Sektoren. Oft werden Innovationen bereits als Steuerobjekte betrachtet, bevor sie sich überhaupt entfalten konnten. Deshalb bleibt das Wirtschaftswachstum in Europa schon seit Jahren hinter dem Rest der Welt zurück. Die Politik sucht jedoch gerne andere Sündenböcke dafür auszumachen, angefangen beim Brexit bis zum US-China-Handelskrieg oder neuerdings die Corona-Pandemie. Diese Schuldzuweisungen erlauben der Politik in gewohnter Weise weiter zu wursteln und sich vor der Verantwortung zu drücken.

Da die Regulierung im Nachgang zur Finanzkrise 2008 im Finanzsektor massiv zugeschlagen hat, und die Notenbanken gleichzeitig hochriskante geldpolitische Experimente starteten, suchen Banken und andere Finanzmarktakteure nach neuen Zahlungssystemen und Währungen, die nicht von der «fiat money»-Geldpolitik (Helikoptergeld) der Notenbanken abhängig sind. Da diese Krypto-Währungen steuerlich schwer zu erfassen sind, versucht die Politik diese regulatorisch in den Griff zu bekommen, wozu die **«Bekämpfung von Geldwäscherei»** als Scheinargument hinhalten muss. Die Regierungen wollen damit aber auch verhindern, dass sie die Kontrolle über die ihnen inzwischen hörigen Notenbanken, bei denen sie ihre Staatsschulden monetisieren lassen, aus den Händen entgleitet. Da mit leeren Staatskassen keine Konjunkturprogramme ohne massive neue Schulden in Gang gesetzt werden können, werden die Notenbanken dafür missbraucht. Einerseits können die Regierungen ihre Staatsanleihen dort en masse parkieren. Südeuropäische Politiker haben schon alle moralischen Bedenken aufgegeben und fordern ein Recht auf direkte Einlieferung von nationalen Schuldpapieren an die EZB, um sich Geld zu beschaffen. Andererseits halten die Notenbanker die Zinsen nahe bei null. Null- bzw. Negativzinsen bei gleichzeitiger Inflation sind nichts anderes als **versteckte Steuern, eine jahrelange Enteignung der Sparer**. Subventioniert werden mit der Nullzinspolitik vor allem die Regierungen und jene Schuldner, die schon die Finanzkrise 2008 verursacht haben.

Die jüngsten Aufkaufprogramme der Notenbanken werden mit **„Corona-Nothilfemassnahmen“** begründet. Das ist eine „Notlüge“. Die Notenbanken haben schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie wieder mit Gelddrucken angefangen. Im September 2019 musste die US-Fed in den Repo-Markt massiv, mit teilweise bis zu USD 650 Mrd. pro Woche, eingreifen. Auch die EZB begann schon im November 2019 mit der Wiederaufnahme des Aufkaufprogramms nur zehn Monate nach dem man es für beendet erklärt hatte. Dieses startete mit einem Volumen von EUR 20 Mrd. pro Monat, eine Art Abschiedsgeschenk des abtretenden EZB-Präsidenten Mario Draghi an Italien und seine Banken.

In Krisenzeiten ertönt oft der **Ruf nach Steuersenkungen, so wie sie ex-US-Präsident Reagan durchsetzte**. Eine Entlastung der Wirtschaft von staatlichem Administrativballast und Steuern wäre wohl willkommen, aber in Krisenzeiten sinken die Gewinne der Unternehmen meistens drastisch oder es fallen sogar Verluste an. Deshalb bringen Steuersenkungen kurzfristig nicht viel. Vor allem wenn sie dann später wieder angehoben werden, sobald die Wirtschaft wieder läuft und der Schuldenberg der Regierung abgetragen werden muss. Noch fraglicher sind temporäre Senkungen der Mehrwertsteuer, denn bei kleinpreisigen Gütern wird damit lediglich administrativer Aufwand verursacht. Nur weil ein Kaugummi bei einer Mehrwertsteuersenkung wie beispielsweise in Deutschland im Rahmen des Corona-

Konjunkturpaketes um 2% neu EUR 1.45 statt EUR 1.50 kosten soll, wird kein Kaugummi-Boom ausbrechen. Der Detailhändler wird sich wohl eher dafür entscheiden, die eingesparte Mehrwertsteuer für sich zu behalten, statt an die Kundschaft weiterzureichen. Steuersenkungen sind nicht primär geeignet die Konjunktur zu steuern. Sie sind vielmehr ein Instrument zur langfristigen Sicherung des Unternehmertums, der Investitionsfreudigkeit und des Wohlstandes. Dennoch erscheinen einige Massnahmen im Steuerbereich geeignet, das Überleben vieler Unternehmen zu sichern.

1. Wenn im Zuge der Corona-Pandemie Unternehmensverluste anfallen, so sollen diese **rückwirkend den Erfolgsrechnungen 2018 und 2019** angehängt werden können. Statt eines Verlustvortrages, der erst später oder im Konkursfall überhaupt nicht mehr geltend gemacht werden kann, würde damit entweder der Steuerbetrag, der für 2018 und 2019 noch geschuldeten Steuern reduziert, oder falls die Zahlungen bereits erfolgte, müsste der Staat die durch die zurückgerechneten Verluste verringerte Steuerbetrag zurückerstattet werden.
2. Dort wo nicht vorhanden oder bereits abgeschafft, könnte man wieder **degressive Abschreibungen** einführen, damit Investitionen steuerlich attraktiver werden.
3. Das **Insolvenz- oder Sanierungssteuerrecht** ist zu überprüfen, damit vor allem die Besteuerung von Sanierungsgewinnen oder Immobiliengewinnsteuern ein Überleben von Unternehmen nicht verunmöglichen.

Viel wichtiger erscheinen jedoch die langfristigen Massnahmen im Steuerbereich:

Die **Unternehmenssteuerlast muss langfristig gesenkt werden**, wobei allenfalls die Anzahl der Arbeitsplätze in der Schweiz berücksichtigt werden kann. Damit würden reine Briefkastenfirmen schlechter gestellt als Unternehmen, die hierzulande viel Personal beschäftigen und Lehrlinge ausbilden. Unternehmenssteuern sind ja letztlich nichts anderes als eine Besteuerung von Arbeitsplätzen und damit kontraproduktiv. Da diese von Land zu Land unterschiedlich hoch angesetzt sind, kommt es zusätzlich zu Wettbewerbsverzerrungen. Aber als Lösung dieses Problems sind die Festlegung von Mindeststeuern, die Harmonisierung der Erhebungsbasis oder gar die Einführung einer komplizierten Besteuerung aufgrund der Wertschöpfung in den einzelnen Ländern ungeeignet. **Noch nie hat eine Steuerharmonisierung zu tieferen Steuern geführt!** Als einzig wirksame Lösung müsste eine vollständige Abschaffung der Unternehmenssteuern anvisiert werden. Als Ersatz könnten dann lokale Gebühren für die Nutzung der staatlichen Infrastruktur in Betracht gezogen werden.

Noch längerfristig kann nur eine vollständige Überarbeitung und **massive Vereinfachung** der meist historisch gewachsenen und von vielen Partikularinteressen geprägten komplizierten Steuersysteme die Wirtschaft und Bürger, aber auch die staatliche Administration entlasten. Wie die langfristige Senkung der Unternehmenssteuerlast hat auch eine umfassende Überarbeitung des Steuersystems in Richtung einer Flat-Tax nichts mit der derzeitigen Corona-Pandemie zu tun. Aber beide sind möglichst bald in Angriff zu nehmen, denn US-Präsident Reagan hat vordemonstriert, dass damit Wachstum und Wohlstand geschaffen werden kann.

Man muss sich tatsächlich immer wieder über das mangelnde Wirtschaftsverständnis vieler Politiker wundern. Dieses Manko überrascht allerdings nicht, denn bei der Bewerbung um ein hohes Amt in der Politik ist kein Nachweis einer fachlichen Qualifikation wie im Berufsleben notwendig. Vielen geht es lediglich darum, neue Steuern zu lancieren, damit sie mit den Mehreinnahmen auch Mehrausgaben tätigen können, um ihre Wahlklientel zu erfreuen. Denn nur zufriedene Wähler sichern die Wiederwahl.